

Interview mit Gazeta, Russland, vom 5.10.09

Presseecho

Gert Weisskirchen im Interview mit der russischen Zeitung Gazeta:

1. Wie wurde die Absicht der USA, von ihren Raketenabwehrschild- Plänen in der durch die Bush- Administration ausgearbeiteten Form abzurücken, in Deutschland aufgenommen, und für wie effizient halten Sie die neuen Raketenabwehrpläne der USA?

Der Verzicht auf den Raketen Schild wurde in Deutschland einstimmig begrüßt.

Die Bundeskanzlerin hat von einem „großen Schritt“ gesprochen. Ich verstehe den Verzicht einerseits als Angebot von Präsident Obama, andererseits aber auch als Fingerzeig in Richtung Moskau. Die Nachricht dieser Entscheidung an Präsident Medwedew ist: "Ich habe meinen Teil getan, nun komm und tue deinen Teil zur Lösung des Konfliktes." Russland muss den Iran nach meiner Auffassung jetzt zu mehr Kooperation bewegen.

Die Wirksamkeit des neuen Systems kann ich noch nicht bewerten. Die seegestützte Variante des US- Abwehrsystems ist grundsätzlich flexibler, nicht allein gegen den Iran ausgerichtet, und bietet die Chance, Raketen in einer früheren Phase abzufangen - nach Möglichkeit noch auf dem Territorium des Landes, von dem aus sie abgeschossen werden. Vor allem bietet sich nun im Zuge der russisch- amerikanischen Abrüstungsgespräche die Chance, den Bedarf, Kooperationsmöglichkeiten oder nötige Begrenzungen der Raketenabwehr gemeinsam zu prüfen.

2. Deutschland ist der wichtigste Partner Russlands im Energie- Bereich in Europa. Wie schätzen Sie die Perspektiven dieser langjährigen Zusammenarbeit ein? Werden diese wegen der Weltwirtschaftskrise und des Rückgangs der Gaspreise sowie wegen des Bestrebens der europäischen Länder, die Importquellen der Energieträger zu diversifizieren, korrigiert?

Die strategische Partnerschaft im Energiebereich bleibt bestehen, auch wenn die EU ihre Energieversorgung in Zukunft diversifiziert. Die Russisch- Deutschen Energiebeziehungen sind - auch und vor allem vertraglich - auf lange Dauer ausgerichtet. Sie sind ein zentrales Element der deutsch- russischen Modernisierungspartnerschaft.

Bei dem Modell der Modernisierungspartnerschaft geht es im Kern darum, dass Russland durch die Gewinne im Gasgeschäft Investitionskapital für die Modernisierung seiner Infrastruktur bekommt und weltmarktfähige Unternehmen - auch im Bereich der kleineren und mittleren - ausbauen. Am Ende ist es nicht entscheidend, welche Mengen von Gas Russland an Deutschland und die Abnehmerländer liefert, sondern wie effizient Energie im Inland genutzt wird, und welche Gewinne Russland mit seinen Lieferungen erzielen kann! Wenn das verstanden wird, können wir gemeinsam einen wichtigen Beitrag für Lösung der dringlichen Probleme des globalen Klimawandels leisten, die Russland mindestens so stark wie Deutschland und Westeuropa bedrohen. Russland hat riesige Energieeinsparpotenziale, die es zum Vorteil Russlands zu aktivieren gilt. Vor wenigen Wochen ist die Russisch- Deutsch- Energieagentur ins Leben gerufen worden, die im Sinne der Förderung der Energieeffizienz in Russland aktiv werden wird.

Im Übrigen hat in der Europäischen Union weniger die Weltwirtschaftskrise als die Gaslieferkrise des letzten Winters ein neues Nachdenken über Diversifizierungsmöglichkeiten ausgelöst.

3. Die "Gazprom" versucht aktiv, deutsche Unternehmen zur Teilnahme an ihren Projekten wie z. B. am Bau der Pipeline "North Stream" oder an der Erschließung des Juschno Russkoje zu gewinnen. In Europa ist die "Gazprom" jedoch eher als Gaslieferant bekannt, obwohl das Unternehmen keinen Hehl aus seinem Interesse am Kauf von Energieaktiva in der EU macht. Ist es aus Ihrer Sicht möglich, dass die "Gazprom" ihren Geschäftsbereich in Europa und insbesondere in Deutschland ausweitet?

Das ist selbstverständlich durchaus denkbar, solange dadurch im konkreten Fall keine marktbeherrschende Stellung droht, die nach deutschem- und EU-Kartellrecht verboten wäre. Vereinfacht würden diese Wirtschaftsaktivitäten allerdings durch einen Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation, der schon seit einiger Zeit verhandelt wird. Die Beteiligung der Sberbank am Autohersteller Opel zeigt, dass Investitionen aus Russland von der Bundesregierung durchaus begrüßt werden.

4. Die Auseinandersetzungen der am Projekt "Sachalin- 2" beteiligten Unternehmen hat das Investitionsimage Russlands stark verändert. Viele der in Russland tätigen ausländischen Investoren besonders im Energiesektor befürchten die Erstarkung der Stellung des Staates in diesem Bereich. Haben die deutschen Investoren auch solche Befürchtungen? Wie schätzen Sie den stärker werdenden Einfluss des Staates auf den russischen Energiesektor ein?

Es ist verständlich, dass der russische Staat strategisch wichtige Ressourcen unter Kontrolle halten will. Zur wirtschaftlich effizienten Nutzung bleibt Russland auf ausländische Partner angewiesen. Geschäftsabschlüsse zwischen Gazprom und ausländischen Unternehmen wie E.ON, BASF, Total u. a. belegen, dass weiterhin ein großes Interesse am Engagement im russischen Energiesektor besteht. Aber alle Firmen erwarten klare Regeln und Rechtssicherheit. Wenn der Eindruck entsteht, dass sich staatliche Ziele und rechtliche Vorgaben im Nachhinein ändern können, erschüttert dies das Vertrauen von Investoren. Daher bildet die Unterstützung bei der Reform von Recht und Justiz einen Schwerpunkt der von Deutschland angebotenen Modernisierungspartnerschaft.

5. Wie beurteilen Sie die Chancen des bevorstehenden Referendums zum Vertrag von Lissabon in Irland ein, und wann wird dieser in Deutschland ratifiziert?

Der Vertrag ist in Deutschland verabschiedet und seit dem 23. September ratifiziert. Das deutsche Bundesverfassungsgericht hat die Kompatibilität des Lissabonner Vertrages geprüft und gesetzliche Anpassungen verlangt, die noch in der letzten Sitzungswoche vor der Wahl vom Deutschen Bundestag und vom Bundesrat - der Vertretung der Bundesländer - verabschiedet worden sind. Selbstverständlich hoffen wir in Deutschland und allen 26 Ländern der Europäischen Union in denen die Hürden für die Umsetzung des Lissabonner Vertrages bereits genommen sind, dass das irische Volk den wichtigen Schritt der Demokratisierung und politischen Vertiefung der Europäischen Union, der mit dem Lissabonner Vertrag verbunden ist, nicht aufhalten wird.

6. Wird in Deutschland die Kandidatur von Tony Blair für das Amt des EU-Präsidenten unterstützt?

In Deutschland hat man sich noch nicht auf einen Kandidaten für das Amt des EU-Präsidenten festgelegt. Dies wäre auch nicht hilfreich, so lange die Ratifikation des EU-Vertrags von Lissabon nicht abgeschlossen ist. Vorfestlegungen könnten den Ausgang des Referendums in Irland negativ beeinflussen. Tony Blair ist ein herausragender europäischer Politiker, aber Deutschland wird sich in dieser Frage erst entscheiden, wenn das Feld der Kandidaten feststeht. Es wird den Kandidaten mit dem besten

europapolitischen Leumund unterstützen, der eine Chance auf eine breite Mehrheit innerhalb der EU hat.

7. Seit Beginn der Finanzkrise ist bereits ein Jahr vergangen. Inwiefern haben sich die Stimmung und die Werte in Europa und insbesondere in Deutschland seitdem verändert?

Deutschland erwartet infolge der Weltwirtschaftskrise in diesem Jahr einen Rückgang der Wirtschaftsleistung von 5,3%. Nachdem wir im letzten Jahr am Rande eines finanziellen Kollapses standen, gibt es heute breite Unterstützung in der deutschen Gesellschaft für die Forderung nach einer umfassenden Regulierung der internationalen Finanzmärkte, wie sie schon seit langem von der SPD gefordert wird. Der Wahlerfolg der FDP spricht jedoch eher dafür, dass es bislang keinen grundlegenden Wandel im wirtschaftlichen Denken gegeben hat. Dies mag auch damit zu tun haben, dass die Folgen der Krise für die Menschen vom deutschen Sozialsystem abgefedert werden. Im September lag die Zahl der Arbeitslosen mit 3,3 Millionen nur 270.000 über dem Vorjahresniveau. Zugleich befinden sich 1,5 Millionen Beschäftigte in staatlich subventionierter „Kurzarbeit“. Falls die Unternehmen sich in diesem Herbst oder nächsten Frühjahr dazu entscheiden, Fachkräfte in großem Stil zu entlassen, könnte sich die soziale Lage dramatisch zuspitzen.

8. Vor kurzem haben die islamistischen Extremisten den Abzug deutscher Truppen aus Afghanistan gefordert und Deutschland sonst mit Terroranschlägen gedroht. Kann man von der Bundesregierung irgendwelche Schritte erwarten, abgesehen von der Verstärkung von Sicherheitsmaßnahmen innerhalb des Landes?

Deutschland lässt sich von den Drohungen der Terroristen nicht einschüchtern. Nachrichtendienst und Polizei bleiben wachsam und treffen die nötigen Vorkehrungen, beispielsweise im Zusammenhang mit dem Münchner Oktoberfest. Wir haben uns an der ISAF- Mission in Afghanistan beteiligt, um zu verhindern, dass das Land wieder zu einer Brutstätte des internationalen Terrorismus wird. Wir stehen zu der gemeinsamen Aufgabe, den Aufbau von Sicherheitskräften und staatlichen Strukturen in Afghanistan zu unterstützen. Wir suchen nach den Wahlen vom August gemeinsam mit den Verbündeten und der zukünftigen afghanischen Regierung nach einer Strategie, wie die Verantwortung für Sicherheit, politische und wirtschaftliche Entwicklung möglichst bald in afghanische Hände übergeben werden kann.

Veröffentlicht am 05.10.2009